

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 13/14.

Charlottenburg, Freitag, den 2. April 1920.

Jahrg. 47.

Osterlicht.

Osterlicht, wolkenentquollen,
Sieghaft lodernder Brand,
Der du mit strahlender Hand
Lockst den Keim aus den Schollen —
Segne das Land.

Arme sind flehend erhoben
Vor dem wildschreitenden Tod.
Leiber seufzen in Not.
Seelen wollen dich loben.
Segne das Brot.

Dunkel drohen die Schatten,
Tagfremd lauert der Schmerz.
Rufe zum Tanze den Scherz
Wieder auf-leuchtende Matten.
Segne das Herz.

Schlingt in stockenden Adern
Lichtfroh lebendig den Saft.
Bauende Brüderschaft
Zwingt die harrenden Quadern.
Segne die Kraft.

Lodernd seien der Hirne
Glimmende Feuer gespeist.
Alles, was leuchtend freist,
Strahle von heiterer Stirne.
Segne den Geist.

Segne uns, nährend Amme,
Ehe ein Volk zerbricht.
Schmiede die Zuversicht,
Heilige Schöpferflamme.
Segne uns, Osterlicht!

Ernst Preczang.

Die verjüngte Welt.

Ostern! Das Wort hat noch immer seinen alten Klang: wie Aufatmen ist's, ein Erwachen jung-freudiger Kraft, die unter-
drückt am Boden lag. Die Passionszeit der letzten Jahre, der
Kathagang der Menschheit durch Blut, Qual und Leiden, die
letzte Belastungsprobe der Leiber und Seelen, wie sie in der
langen Geschichte nicht ihresgleichen hat, hat den Blickpunkt, von
dem aus wir Welt und Menschen betrachten, vielfach verändert.
Er munoern uns sozusagen über gar nichts mehr. Wir haben
der Wildheit der Bestie im Menschen geschauert und mit
breiten die bodenlose Kulturheuchelei der sogenannten zivili-
zierten Nationen erlebt, um schließlich resigniert zu erkennen, daß
einzelne dem großen Wahn und der verbrecherisch herausbe-
wachten großen Not machtlos gegenübersteht und alles Jam-
er, alle zornige Kritik nichts an den harten Tatsachen, wie der
Krieg sie geschaffen, ändert. Wir waren zeitweise geneigt, auch
den Weltuntergang mit der philosophischen Ruhe eines Stoikers
anzunehmen, um so mehr, als das Dasein für den Arbeiter zu-
allen auch der letzten Wert beraubt erschien, und wir kamen
manchmal wie verhöhnt von den niederdrückenden Ereignis-

nissen vor. Alles um uns veränderte sich, und vieles, was auf
ewig festzustehen schien, wankte und fiel. Nichts war mehr so
wie einst.

Da ist man beinahe erstaunt, daß das große Naturgeschehen
sich noch in der alten, gewohnten Weise abwickelt. Aber der
Frühling folgt noch immer auf den Winter, und ob auch die
Menschheit sich in tiefsten Nöten winde — er steckt gelassen seine
osterlichen Freudenfahnen heraus und beginnt unverdrossen am
neuen Werke. Er stürmt und lacht und reißt die letzten welken
Blätter von den Zweigen in den Staub, damit Platz werde für
junges Grün. Er läßt die feinen Saugwurzeln sich tiefer in
das Erdreich graben und bringt den Saft unter der Rinde in
freudige Bewegung. Baum und Busch, Korn und Gräser, Blu-
men und Unkraut füllen sich mit Leben und drängen nach Licht
und Frucht. Der Vogel baut sich ein neues Nest, paart sich und
jubiliert unbekümmert in den Tag hinein. Pflanze und Tier,
im engsten Zusammenhange mit dem Naturgeschehen, folgen
blind den eingewurzelten und eingeborenen Trieben, die der
Frühling weckt, und sie genießen des Daseins Schönheit und Lust
lediglich nach den inneren Geboten ihres Lebens, frei von all
jenen Erwägungen, Rücksichten und Plänen, die das Leben des
Menschen bestimmen. Jeder Frühling bedeutet ihnen eine Ver-
jüngung ihrer Welt.

Auch die Menschheit hat ursprünglich in einer ähnlichen
innigen Verbindung mit der Natur gestanden, und noch heute
gibt es ja „Naturvölker“, die, wie der Name sagt, in engster Ge-
meinschaft mit und in absoluter Abhängigkeit von ihrer ursprüng-
lichen Umgebung leben. Das sind, nach allgemeiner Auffassung,
die „Wilden“, die ihrer kulturellen Rückständigkeit wegen mei-
stens sehr bedauert werden. Naht wie ihr Körper lebt auch ihr
Geist: unbeschwert von all den moralischen, ästhetischen und poli-
tischen Anforderungen, die den Bürger der Kulturwelt in un-
zählige Fesseln schlagen. Es genügt ihnen, daß sie sind, und
daß jeder Tag ihre Bedürfnisse stillt. „Sie spielen“, so sagt ein
Forscher, „wie die Kinder. Das Morgen kümmert sie wenig,
und das Heute nehmen sie hin in naivem Genuß. Sie fürchten
zuweilen Zauberer und übersinnliche Mächte, aber sie fürchten
das Leben an sich nicht, weil es ihnen keine Last, sondern Freude
am Dasein bedeutet.“

Aus diesem Kindheitszustande haben die Völker, die man
die zivilisierten nennt, sich im Laufe der Jahrtausende empor-
gearbeitet, um in der Gegenwart auf eine Kulturhöhe zu ge-
langen, die nicht in jeder Hinsicht eine erfreuliche genannt
werden kann. Technik, Handel, Kunst und Wissenschaft sind ge-
wiz zu erstaunlicher Blüte gelangt, und vom Katheder eines
Universitätsprofessors gesehen, mögen die Naturvölker in mit-
leiderregender Daseinstiefe hausen. Wer aber nicht über die
Massen des eigenen Volkes hinwegsieht, wer unter Kultur nicht
nur die Züchtung einiger bevorzugter Individuen versteht, der
ist heute mehr denn je geneigt, die Frage aufzuwerfen, ob denn
jene vielgerühmte Kultur den größten Teil der Menschheit glück-
licher gemacht habe. Das ist ganz zweifellos nicht der Fall.
Schon vor dem großen Völkermord der letzten Jahre hatten die
Schaffenden Ursache genug, die Segnungen, die ihnen die
Kultur gebracht hatte, mit einem nassen und einem heiteren
Auge anzusehen; der Krieg selbst aber zeigte das zivilisierte Ge-
waltmenschtum in einer so schreckhaften Pracht, daß Millionen
mit Vergnügen zu den Urwaldindianern und Buschleuten ge-
flüchtet wären, wenn sie es gekonnt hätten. Die salbungsvoll
gepredigte Ethik, die tönende Moral, die ganze Phraseologie der
Kulturmenscheit entpuppte sich als gewaltige Lüge. Das stolze

„Kulturgebäude“, von dem wir früher so viel hörten und lasen, zeigte sich, nachdem der Putz abgeblättert war, als Schwindelbau.

Er ist zusammengebrochen, weil ihm die innere Solidität fehlte. Und, wenigstens in Deutschland, stehen wir vor den Trümmern und den Ueberresten einer Epoche, die Wort und Tat nicht in Uebereinstimmung zu bringen vermochte. Sie war überaltert und hielt den Stürmen nicht stand. Nun hat die große Umwälzung begonnen, die in der Menschheitsgeschichte das ist, was der Frühling in der Natur: das Neue ringt sich unter Mühen und Wettern empor zu seinem Leben. Die Verjüngung der Welt ist im Werden — und ihre Träger sind vor allem die Schaffenden.

Aus dem individualistischen Zeitalter treten wir in das soziale, und damit aus der Kultur des einzelnen in die der Allgemeinheit.

Das wäre nicht möglich, hätten die Arbeiterorganisationen nicht seit Jahrzehnten hier die Vorarbeit geleistet, hätten sie nicht das Fundament gelegt, auf dem das neue Kulturgebäude sich erheben soll. Sie haben den Solidaritätsgedanken gepflegt, haben dafür gesorgt, daß er Hunderttausenden in Fleisch und Blut übergegangen ist; sie haben das Einzelschicksal stets im Zusammenhange mit dem Schicksal der Vielen betrachtet und haben den Blick losgerissen aus der Enge einer kleinen, beschränkten Umgebung. Sie haben für das Heute gearbeitet, aber auch an das Morgen gedacht, und der Kampf der Gewerkschaften für einen ausreichenden Lohn und größere Mühe, für menschenwürdige Behandlung und hygienische Pflege gehört zu den grundlegendsten Kulturtaten einer Vergangenheit und Gegenwart, aus denen die vollkommenere Zukunft emporgewachsen wird.

Sie springt nicht fertig aus dem Haupte des Zeus, sondern sie erfordert die Mitarbeit aller. Kein Osterwunder stellt sie in Glanz und Blüten vor uns hin; wohl aber lehren uns die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit, der eigenen Kraft zu vertrauen und nichts für unabänderlich zu halten. Ein gesunder Optimismus tut uns not; ein Aufreden aus jener niedergedrückten Stimmung, die wir dem „Winter unseres Mißvergnügens“, der ganzen traurigen Kriegserbschaft, verdanken. Wir wollen und müssen wieder fröhlich werden; denn „nur dem Frohen gerät sein Werk, und wer lachend die Sonne begrüßt, trägt die Kraft des Frühlings in seinem Herzen.“

Der Kulturwille der Schaffenden kann letzten Endes kein anderes Ziel haben, als die Freude am Dasein zu erhöhen. Und da wir uns in das Entwicklungsstadium der Naturvölker nicht zurückrauben können, gilt es, aus der Oberflächenskultur eine Tiefenkultur zu machen. Das aber heißt, Wort und Tat in Einklang zu bringen und Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit immer und überall in die Wirklichkeit umzusetzen. Die alten Methoden der Gewalt und des Hasses haben so schmachlich Schiffbruch erlitten, daß es für den tiefer Denkenden keinem Zweifel unterliegt: mit der Verjüngung der äußeren Umstände muß auch eine Erneuerung der inneren Menschen Hand in Hand gehen. Aus uns selbst heraus muß das Neue, das Bessere sich gestalten. „Die verdamnte Bedürfnislosigkeit“, von der Lassalle sprach, ist nicht nur in Hinsicht auf materielle Bedürfnisse verurteilenswert und eine Hemmung des Fortschritts, auch die Zufriedenheit mit der hergebrachten Nahrung des Geistes und der Seele wirkt als Kulturhindernis.

Kultur im Sinne der Arbeiterbewegung aber ist innere und äußere Befreiung, ist die Erlösung des Menschen vom Sklaven und somit von illabischer Denkart, bedeutet die Anerkennung der vernünftigen, humanen, sozialen Geistes Herrschaft über jede Art von Willkür, bedeutet Ordnung, Leben, Schönheit für alle.

Und wenn es uns zuweilen auch vorkommen mag, als läge alles Gute und Schöne, als läge namentlich unsere Daseinsfreude tiefverschlüttet unter den Trümmern einer zusammengebrochenen weltgeschichtlichen Epoche — auch unser Osirn der Auferstehung ist im Werden, und es ruft die ungeheuren, im Volke schlummernden Kräfte des Geistes und der Hand auf zum Erwachen und zu freudiger Bewegung, ruft, dem Beispiel der Natur zu folgen und auch die Welt der Menschheit von Grund auf zu erneuern und zu verjüngen.

E. P.

Der monarchistische Putsch und der Generalstreik.

Aus der politischen Tagespresse werden unsere Mitglieder inzwischen nähere Einzelheiten über den Putsch der Kappleute erfahren haben. Im Kampfe gegen die Putschregierung — dessen sind wir überzeugt — hat auch unsere Kollaboration, Schulter an Schulter mit der übrigen Arbeiterschaft, tätigen Anteil genommen. Leider ist in diesem Kampfe auch Arbeiterblut geflossen. Zur Stunde, als wir diese Zeilen nieder schreiben, wissen wir noch nicht,

ob auch Kollegen von uns das wahnsinnige Abenteuer der und Konfanten mit dem Leben bezahlen mußten.

Nachstehend veröffentlichen wir einige Publikationen gewerkschaftlichen Instanzen, aus denen der Anfang und der Bewegung klar und deutlich zu erkennen ist. Nachdem Morgen des 13. März d. J. bekannt wurde, daß die Regierung aus Berlin geflüchtet, Rapp sich selbst zum Reichsausrufen, wurde folgender Aufruf verbreitet:

Auf zum Generalstreik!

An alle Arbeiter, Angestellten und Beamten
Männer und Frauen!

Die militärische Reaktion hat ihr Haupt von neuem erhoben und in Berlin die Gewalt an sich gerissen. Pflichtvergessene Wehrtruppen sind hier unter Führung meuternder Offiziere marschiert und haben sich neben der vom Volk gewählten Regierung eine illegale Gewalt angemast. Die Reaktionskräfte haben die Nationalversammlung und die Preussische Landesversammlung aufgelöst erklärt und schiken sich an, auch die Errungenschaften der Revolution vom November 1918 zu beseitigen.

Die deutsche Republik ist in Gefahr.

Der Absolutismus sowohl im Staat als auch im Betrieb soll wiederhergestellt werden. Das Koalitionsrecht, jene unerlässliche Voraussetzung alles sozialen Aufstiegs, wird beseitigt. Meinungsfreiheit unterdrückt. Damit kehren auch alle reaktionären Zustände zurück, mit denen das deutsche Volk im November glücklich ausgeräumt hatte. Der Achtstundentag, die geordnete Betriebs- und Beamtenvertretungen, die Besoldungsreform der Beamten, der Ausbau des Arbeiter- und Beamtenrechts, Reichslohnstarif für die Eisenbahnarbeiter, das soziale und wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht aller Arbeitnehmer wie

der gesamte Arbeiterschub ist bedroht.

Laßt sich kein denkender Arbeiter, Angestellter und Beamter durch zweifelhafte Versprechungen der Putschregierung täuschen. Es gilt, alle Kräfte des Volkes zum Widerstand zusammenzufassen. Das Volk wäre nicht wert der Freiheiten und Rechte, die es erkämpft hat, wenn es sie nicht zum äußersten verteidigen würde.

Wir fordern daher alle Arbeiter, Angestellten und Beamten zum einmütigen Protest gegen die Gewaltherrschaft auf, der sofort in den Generalstreik einzutreten. Alle Betriebe müssen stillgelegt werden. Ausgenommen sind nur die Wasserwerke, Krankenhäuser und Krankentassen. Die örtlichen zuständigen Vertretungen der Arbeitnehmerschaft werden darüber entscheiden, in welchen sonstigen lebensnotwendigen Betrieben die Arbeit geleistet werden darf.

Der Abwehrkampf der Arbeitnehmerschaft muß ein tapferer und erdrückender werden. Deshalb darf sich kein Arbeiter eine Gruppe davon ausschließen. Jeder einzelne tue seine Pflicht. An dem geschlossenen Widerstand des Volkes muß die Reaktion scheitern. Ihre Machtmittel werden in Kürze versagen. Der Sieg wird auf Seiten des arbeitenden Volkes sein.

Berlin, den 13. März 1920.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.

Für den Inhalt verantwortlich: C. Legien, S. Aufhäuser.

Die Wirkung dieses Streikaufrufs setzte erst allmählich ein, dann aber um so gründlicher. Am 15. März ruhte der Post- und Eisenbahnverkehr vollständig. Angesichts dieser Tatsache verurteilte die Kappregierung ihr Heil damit, daß sie sich an den Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes wandte zwecks Verhandlungen. Dabei gab sie an, für die Wahrung des Koalitionsrechts, Erweiterung der Arbeiterrechte u. a. m. eintreten zu wollen. Auf erhielt Rapp eine gründliche Abfuhr, wie aus folgender Bekanntmachung hervorgeht:

Berlin, den 15. März 1920.

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Die Reichskanzlei hat heute früh versucht, mit dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Verhandlungen über die Beilegung des Generalstreiks zu treten. Darauf ist ihr die folgende Antwort gegeben:

„Auf die heutige telephonische Anfrage aus der Reichskanzlei, ob der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit dort in Verhandlungen treten will, haben wir geantwortet: Klären.“

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes kann nur mit einer auf Grund der Verfassung durch das deutsche Volk eingesetzten Regierung verhandeln.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Nachdem Rapp-Lüttich einsehen mußten, daß auf die Beendigung des Generalstreiks nicht zu rechnen war, versuchten sie einen anderen. Am 16. März erschien folgende

Verordnung!

§ 1. Die Räufelührer, die sich bei in der Verordnung zur Sicherung volkswirtschaftlich wichtiger Betriebe und in der Verordnung zum Schutze des Arbeitsfriedens unter Strafe stellten Handlungen schuldig machen, werden ebenso wie die Teilnehmer mit dem Tode bestraft.

§ 2. Diese Verordnung tritt am 16. März 1920, mittags 4 Uhr, in Kraft.

Der Reichskanzler.

Außerdem ließen sie verkünden, daß ein Standgericht gesetzt sei mit der Weisung, alle ihm überwiesenen Personen innerhalb 24 Stunden abzuurteilen. Dessenungeachtet nahm der Generallstreik seinen Fortgang.

Am 16. März wurde die wirtschaftliche Kampfesfront durch den Eintritt des Deutschen Beamtenbundes vereinheitlicht. Der Reichsverband der Deutschen Industriellen hatte bereits am 15. März erklären lassen, daß er an der Zentralarbeitsgemeinschaft anhalte. Am 15. März erklärten seine Vertreter, daß sie nichts mit der Kappregierung zu tun hätten. Zu einem öffentlichen Aufruf an den Generallstreik vermochten sie sich noch nicht aufzuwingen. Das bekundeten sie erst am 16. März. Jetzt aber verteilte der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf eine solche Solidaritätskundgebung, da die Kappregierung bereits im Wanken sei und ein gemeinsamer Aufruf mit den Arbeitgebern keinen weiteren Eindruck hervorgerufen hätte.

In der Tat waren nicht nur die Tage, sondern auch die Stunden der Kappregierung gezählt. Die Ministerliste, die sie veröffentlichte, fand nirgends ernste Aufnahme, ihre Schieberlasse wurden verlacht, ihre Herrschaft fand nirgends eine Stütze. Selbst unter ihren Truppen gährte es schon, so daß der frühere Generallstabschef Ludendorff in einem Telegramm an die Reichsregierung die Bewaffnung von Studenten und Gymnasiasten empfahl. Er hat sich damit als Teilnehmer des hochverräterischen Putsches schimpft. Schon war General v. Lüttwitz zurückgetreten und hatte die militärische Gewalt an Oberst Bauer abgetreten, der nunmehr mit seinem Getreuen, Hauptmann Pabst, in Fühlung mit den Kommunisten trat, angeblich aus Haß gegen die demokratische parlamentarische Regierung, also den Bolschewismus der Demokratie vorzog. Auch dies konnte den Sturz der Kappregierung nicht mehr aufhalten.

Am Nachmittag des 17. März trat Kapp zurück mit der veröffentlichten Erklärung, daß die Regierung Bauer sich entschlossen habe, die wesentlichen politischen Forderungen, deren Ablehnung die Einsetzung der neuen Regierung führten, von sich aus zu erfüllen. Er sehe damit seine Mission als erfüllt an und trete zurück, indem er die vollziehende Gewalt dem General v. Seeckt als Militärbefehlshaber übergebe. Die Behauptung, daß das Minimum Bauer solche Zugeständnisse gemacht habe, war natürlich univahr, wie alle früheren Veröffentlichungen dieses Hypokriten.

Nachdem nunmehr die Kappregierung beseitigt war, wurde dem Militärbefehlshaber der Abzug aller an dem verräterischen Unternehmen beteiligten Truppen aus Berlin bis Donnerstag, nachmittags 6 Uhr, und ihre Entwaffnung in geeigneten Truppenlagern vereinbart. Der Abzug vollzog sich nicht ohne Verzögerungen und Zusammenstöße mit der Bevölkerung. So einigten sich die den Generallstreik führenden Organisationen auf ein Programm von Forderungen für die Neuordnung der Verhältnisse im Reich und in Preußen. Uebereinstimmung erreichte bei allen Organisationen darüber, daß der Rücktritt von Seeckt notwendig sei. Auch der preußische Minister des Innern, Loh, sei unhaltbar geworden, nicht minder der Eisenbahnminister. Ferner verlangten die Gewerkschaftsleitungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten einen entscheidenden Einfluß auf die Neugestaltung der Regierung und der wirtschafts- und sozialpolitischen Verhältnisse im Reich und in Preußen, strenge Befragung aller an dem Putsch beteiligten Personen und gründliche Neuordnung der Reichs- und Sicherheitswehren von antirepublikanischen und zweifelhaften Elementen. Sie beschloßen deshalb, bis zur Erfüllung dieser Forderungen durch Verhandlungen mit den in Berlin verbliebenen Ministern und Vertretern der Regierungsparteien den Generallstreik fortzusetzen und erließen folgende Kundgebung an die Bevölkerung Groß-Berlins:

„Kundgebung. Arbeiter, Angestellte und Beamte!
Der Generallstreik hat bisher den Erfolg gezeitigt, daß die Kapp- und Lüttwitz beseitigt sind. Damit ist aber der Kampf noch nicht beendet. Die Solbateska beherrscht noch die Straßen Berlins.

Die von verschiedenen Seiten gebrachte Nachricht, daß Seeckt als Oberbefehlshaber der Truppen nach Berlin zurückkehren soll, erscheint uns nach den bisherigen Verhandlungen mit der verfassungsmäßigen Regierung ausgeschlossen.

Zunächst sind alle unzuverlässigen Truppen restlos zu entfernen und zu entwaffnen. Die Neuorganisation der Truppen muß so erfolgen, daß für die Zukunft jeder militärische Putsch unmöglich ist. Wir fordern entscheidende Mitwirkung bei der Neuordnung der Verhältnisse. Die Erfüllung dieser Forderungen halten wir zur Sicherung einer gesunden Fortentwicklung unseres Wirtschaftslebens für unerlässlich. Diese Bedingungen sind der verfassungsmäßigen Regierung gestellt.

Jede Verteilung darüber, daß wir in irgendwelche Verbindung mit Kapp- und Lüttwitz getreten wären, ist univahr. Wir haben von vornherein jede Verhandlung mit den Volksfeinden

abgelehnt. Der Generallstreik ist fortzusetzen, bis unsere Forderungen erfüllt sind.

Berlin, den 18. März 1920.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.
Deutscher Beamtenbund.

Am 18. März stellten die drei Gruppen der wirtschaftlichen Arbeitnehmerverbände die Forderungen auf, von deren Erfüllung die Beendigung des Generallstreiks abhängig gemacht werden sollte. Im preussischen Staatsministerium wurde durch einen Verhandlungsausschuß von 10 Personen (vier vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, zwei von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, zwei vom Deutschen Beamtenbund, zwei von der Berliner Gewerkschaftskommission) mit den Vertretern der Regierung und der politischen Parteien verhandelt, aber ergebnislos. Am 19. März, abends, wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen und kamen nunmehr folgende Vereinbarungen zustande:

1. Die anwesenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten, daß bei der bevorstehenden Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen die Personenfrage von den Parteien nach Verständigung mit den am Generallstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gelöst, und daß diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neuordnung der Wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze eingeräumt wird, unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung.

2. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch oder am Sturz der verfassungsmäßigen Regierungen Schuldigen sowie der Beamten, die sich ungesetzlichen Regierungen zur Verfügung gestellt haben.

3. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellen und ihren Ersatz durch zuverlässige Kräfte. Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen gemahregelten Organisationsvertreter.

4. Schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter Mitbestimmung auch der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

5. Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schleunige Einführung eines einheitlichen Beamtenrechts.

6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Berufsverbände hinzuzuziehen sind. Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort. Uebernahme des Kohlen- und des Stahlsyndikats durch das Reich.

7. Auflösung aller der Verfassung nicht treugebliebenen konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Zurückziehung irgendeines Standes. Bei dieser Reorganisation bleiben erworbene Rechtsansprüche treugebliebener Truppen und Sicherheitswehren unangefastet.

8. Wirksame Erfassung, gegebenenfalls Enteignung der verfügbaren Lebensmittel und verstärkte Bekämpfung des Wuchers und Schiebertums in Stadt und Land. Sicherung der Erfüllung der Ablieferungsverpflichtung durch Gründung von Lieferungsverbänden und Verhängung fühlbarer Strafen bei böswilliger Verletzung der Verpflichtung.

Ferner erklärten sich die Vertreter der Regierungsparteien bereit, in ihren Fraktionen auf unverzügliche Aufhebung der Schutzhafte der in ihr Befindlichen zu dringen.

Im weiteren wurde in dieser Sitzung mitgeteilt, daß die Minister Noske und Heine bereits ihr Abschiedsgesuch eingereicht hätten.

Zu diesen Ergebnissen nahm eine Vertreterkonferenz der den Generallstreik führenden Verbände noch in frühester Morgenstunde des 20. März Stellung. Sie beschloß einstimmig:

Die Vertreterkonferenz der am Generallstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten erklärt, daß sie von den durch ihren Verhandlungsausschuß mit den Fraktionsvertretern der Regierungsparteien erzielten Vereinbarungen zwar nicht restlos befriedigt ist, ihnen aber gleichwohl zustimmt und hiermit den Generallstreik mit dem heutigen Tage als beendet erklärt.

Die anwesenden Vertreter des Zentralkomitees der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei erklärten sich zur Unterzeichnung dieses Beschlusses noch nicht für befugt. Darauf wurde der Beschluß nur mit den Unterschriften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und des Deutschen Beamtenbundes bekanntgegeben.

Damit wäre der Generallstreik siegreich beendet gewesen, zumal da auch die Berliner Gewerkschaftskommission sich der Parole auf Abbruch desselben angeschlossen. Trotzdem wurde allseitig mit der Fortdauer ernstester Konflikte gerechnet. Die meuternden Truppen

hatten zwar Berlin verlassen, waren aber noch nicht entwaffnet und Zusammenstöße mit der Landbevölkerung daher zu befürchten. Bedenklich war auch, daß in zahlreichen Vorstädten und Vororten Berlins die Arbeiterschaft in den Besitz von Waffen gelangt war und bei dem Mangel an rascher Information über die tatsächliche Lage sehr leicht sich zu unverantwortlichen Unternehmungen hinreißen lassen könnte. Vor allem setzten aber weite Kreise der Unabhängigen Sozialdemokratie Groß-Berlins, der Kommunisten, Spartakisten, Syndikalistischen und sonstigen Gruppen der Beendigung des Generalstreiks Widerstand entgegen. In der Tat wirkten alle diese Umstände zusammen, um eine neue Verschärfung der Situation zu schaffen. In einigen Vororten waren bewaffnete Einwohnerwehren in dem Bestreben, fliehende Balthustruppen und meuternde Reichswehrteile zu entwaffnen, unterschiedslos gegen militärische Abteilungen jeder Art vorgegangen und hatten auch republikanische Truppen angegriffen. Darauf wurden diese Orte am 21. März militärisch besetzt, Verhaftungen und Erschießungen vorgenommen und der verschärfte Belagerungszustand proklamiert. Das goß neues Öl ins Feuer, und die Arbeiterschaft dachte nicht mehr daran, den Generalstreik zu beenden. Gegen die Wiederaufnahme der Arbeit wirkte auch vielfach das Stehenbleiben der Technischen Nothilfe in öffentlichen Betrieben, die militärische Besetzung von Fabriken und Stadtteilen und die mangelnde Kennzeichnung der auf republikanischem Boden stehenden Truppenteile.

Angeichts dieser neuen Hindernisse sahen sich die Vorstände der wirtschaftlichen Verbände gezwungen, abermals zu intervenieren, diesmal bei dem inzwischen nach Berlin zurückgekehrten Ministerpräsidenten Bauer. Sie erreichten die sofortige Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes und die Sistierung aller nicht vollzogenen Standrechtsurteile zu eingehender Nachprüfung, die Zurückziehung der Truppen bis auf eine zum Schutz der Regierungsgebäude notwendige Linie, die Versicherung, daß die bewaffnete Arbeiterschaft im Industrieviertel nicht von Regierungstruppen angegriffen werde, und die Zusage, daß mit den Verbänden über die Einreihung von Arbeitern in die Sicherheitswehren in Preußen verhandelt werde. Für die Reichswehr kommt ein Masseneintritt von Arbeitern nicht in Frage, da deren Angehörige sich zu einer zwölfjährigen Dienstzeit verpflichten müssen. Es wurde ferner über die Zweckmäßigkeit und Möglichkeit einer rein sozialistischen oder einer Arbeiterregierung beraten; doch kamen diese Verhandlungen noch zu keinem Abschluß.

Am Abend des 22. März nahm eine Vertreterversammlung der streikführenden Verbände und der beiden sozialistischen Parteien zu den Ergebnissen dieser Verhandlung Stellung und faßte nach längeren, teilweise erregten Debatten gegen Mitternacht folgenden Beschluß:

Die gemeinsam tagenden Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, der Berliner Gewerkschaftskommission, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschließen:

Nachdem die Vertreter der Regierungsparteien sich verpflichtet haben, für die Durchführung der acht gewerkschaftlichen Forderungen, die das Ergebnis des Generalstreiks zusammenfassen, in ihren Fraktionen einzutreten, und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich geschlossen hinter diese Forderungen gestellt, der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sie als Mindestforderung anerkannt hat, nachdem weiter die Reichsregierung die bindende Erklärung abgegeben hat:

1. daß die Truppen in Berlin bis auf die Spreelinie zurückgezogen werden,
2. der verschärfte Belagerungszustand sofort aufgehoben wird,
3. daß die bewaffneten Arbeiter, insbesondere im Ruhrrevier, nicht angegriffen werden sollen,
4. mit den gewerkschaftlichen Verbänden über die Einreihung der Arbeiter in die Sicherheitswehren in Preußen verhandelt werden soll,

daß sie auf Grund der Anerkennung dieses gewerkschaftlichen Programms und der besonderen Zugeständnisse der Regierung den Arbeitern, Angestellten und Beamten im ganzen Reich, insbesondere in Berlin und Umgebung empfehlen,

den Generalstreik mit Beginn des 23. März zu beenden und die Arbeit allmählich wieder aufzunehmen.

Die unabhängigen Gewerkschaften und Parteien verpflichten sich, die Forderungen der Gewerkschaften nicht erfüllt und die Zusagen der Regierung gebrochen werden, von neuem zusammenzutreten, und über die erneute Aufnahme des Generalstreiks zu entscheiden.

Berlin, den 2. März 1920 (nachts 12 Uhr).

Der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund“. Legien.
Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. Aufhäuser.
Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung. Ruch.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Crispian.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Juchacz.

Damit war der Generalstreik mit einem vollen Siege der Arbeiterschaft beendet. Die gewerkschaftliche Organisation hat in diesem beispiellosen Kampfe geradezu glänzend bewährt. Das einmütige Zusammenstehen aller Arbeitnehmer, Arbeiter, Angestellten, ist die monarchistisch-militärische Clique mit ihren Vorhaben gründlich hineingefallen. Jedoch ist die Situation immer noch ernst. Es bedarf der größten Wachsamkeit und der Bereitschaft auf Seiten der Arbeiter, um jeden eventuellen Putschversuch möglichst schon im Keime ersticken zu können. Den Regierungen, den politischen Parteien, kurz allen, die rufenermaßen verpflichtet sind, am Wiederaufbau geordneter Verhältnisse mitzuwirken, erwächst nunmehr die Verpflichtung, Vereinbarungen, die zur Beendigung des Generalstreiks führten, in die Tat umzusetzen. Eine Enttäuschung der Arbeiter dürfte unberechenbare Folgen haben.

Aus unserem Verufe.

Berlin-Charlottenburg. Zwischen dem Verband Emaillierwerke Groß-Berlin einerseits, dem Metallarbeiterverband und dem Porzellanarbeiterverband, Zahlstelle Berlin, andererseits wurden folgende Lohnvereinbarungen festgelegt:

Brenner, Aufträger, Schmelzer, Feizer, Feizer und Massenmüller	3,80 Mk. pro St.
Gelfer über 18 Jahre	3,25 " "
Gelferlehrlinge über 18 Jahre für die ersten vier Wochen	2,75 " "
Hof-, Hilfsarbeiter, Ausbeuler	3,— " "
Aufträgerinnen, Waschfrauen in der Weize	2,35 " "
Aufträgerlehrlinge in den ersten 3 Monaten	2,75 " "
für die nächsten 3 Monate	3,— " "
Nach 6 Monaten erhalten Aufträgerlehrlinge den vollen Lohn eines Aufträgers	3,80 " "
Hilfsarbeiterinnen und Ausbeulerinnen über 18 Jahre	1,90 " "
Maschinenarbeiterinnen erhalten	1,90 " "
Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten	1,95 " "
Maler, Lithographen, Drucker und Schablonierer	4,20 " "
Schabloniererinnen bei dreimonatlicher Lehrzeit	2,35 " "
Füllerinnen bei dreimonatlicher Lehrzeit	2,25 " "
Stemplerinnen, Abrollerinnen	2,10 " "

Außerdem wird den Verheirateten für die Frau 6 Mk. für jedes Kind 12 Mk. pro Woche vergütet. Diese Vereinbarungen treten am 15. März in Kraft und laufen bis 1. Mai, können 15. April mit 14tägiger Kündigung gekündigt werden.

Berlin-Charlottenburg. Die Berliner Staatsmanufaktur (früher Königl.) im Generalstreik. Nähere über die sturmbelegten Tage der dritten Märzwoche dürfte unseren Kollegen und Lesern im Reich sicher schon durch politische Tagespresse bekannt geworden sein. Hier sei nur kurzer Bericht gegeben, wie die organisierten Kollegen der Berliner Staatsmanufaktur zu diesen Vorgängen Stellung nahmen. Um es vorweg zu sagen, die jungorganisierte Arbeiterschaft (November 1918) hat ihren Mann gestanden. Im Verein mit der übrigen Berliner Arbeiterschaft haben die Arbeiter der Staatsmanufaktur durch Anwendung des Generalstreiks als blutiges Kampfmittel dazu beigetragen, Rapp und Konsorten innerhalb weniger Tage zu beseitigen. Daß es nur ganze Mann waren, die während des Streiks weiter arbeiteten, um besondere Mühe zu beweisen, bestätigt nur die Nichterfüllung der eingangs erwähnten Behauptung. Bezüglich dieser Behauptung dürfte auch das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Dem Vernehmen nach sollen auch einige Angestellte der Staatsmanufaktur ihr Bedauern zum Ausdruck gebracht haben, daß die Streikmaßnahmen sie an der Arbeit hindere. Auch diese haben den Rohl nicht machen können. Diese kleinen dunklen Punkte auf der Streikfront werden hell überstrahlt von dem einigen, geschlossenen Zusammenhalten des gesamten Betriebspersonals, zirka 350 Arbeiter. Arbeiter der Staatsmanufaktur haben gezeigt, daß sie wissen, welcher Stelle sie auch in kritischen Tagen zu stehen haben, nirgends anders, als bei ihren Klassengenossen, bei der übrigen Arbeiterschaft.

Nach dem Einmarsch der Balthustruppen und der Annahme der Regierung durch Rapp erschienen in Berlin die Blätter in „deutschnationalem“ Stile. In diesen wurde es sei „vornehmste Pflicht“, daß jeder seiner Arbeit nachgeht.

Arbeiterchaft der Staatsmanufaktur versammelte sich Montag, den 15. März, früh 1/8 Uhr, in der Speiseanstalt und beschloß einstimmig als ihre vornehmste Pflicht die Befolgung der Generalfestparade. Einmütig verließen Arbeiter und Angestellte auf die schon erwähnten zwei „nützlichen Elemente“ wieder die Fabrik.

Bei der Undurchsichtigkeit der Lage versammelten wir uns am anderen Tage wieder an derselben Stelle. Unser Lokalrat, Genosse Apel, gab uns einen Situationsbericht, der mit Spannung entgegengenommen wurde. Wiederum verließen wir beschloßen den Betrieb.

Am Freitag, den 19. März, versammelten wir uns wieder, auch berichtete Genosse Apel wieder. Die dünnen Säulen der Herrscherregierung Rapp schwankten schon bedenklich. In der Versammlung wurde noch bekannt, daß unser Direktor alle Streikenden (darunter natürlich auch die Arbeiter der Staatsmanufaktur) als Verbrecher bezeichnet haben sollte. Nach Wiederaufnahme der Arbeit wurde deswegen vom Arbeiterausschuß mit dem Direktor Rücksprache genommen, wobei letzterer in Abrede stellte, diese beleidigende Redewendung gebraucht zu haben. Man darf gespannt sein, ob eine resloße Aufklärung hierüber möglich sein wird.

In der Stadt änderte sich inzwischen das politische Bild. Die wenigen schwarz-weiß-roten Fahnen, die einige voreilige Patrioten herausgehängt hatten, verschwanden wieder und mit ihnen Rapp und seine „Minister“. Gleichzeitig begannen die Verhandlungen der Streikleitung bezw. der Gewerkschaften mit den Regierungs- und Fraktionsvertretern, die nach 12stündiger Dauer am Abendmorgen 5 Uhr beendet waren. Das Ergebnis sind die bekannten 8 Punkte.

Am Montag, den 22. März, versammelte sich Arbeiter- und Angestelltenchaft wieder in der Speiseanstalt. Nach einem Bericht des Genossen Apel wurde beschloßen, den Weisungen entsprechend die Arbeit wieder aufzunehmen.

Das Verhalten unserer Herren Beamten geißelt nachstehende Resolution, die einstimmig angenommen wurde:

„Die Beamten der St.-P.-M. haben während des Abwehrkriege gegen reaktionäre Gewalt sich in Gegensatz zur Arbeiter- und Angestelltenchaft dadurch gesetzt, daß sie sich dem Streik nicht angeschlossen. Sie haben die reaktionären Putzschisten indirekt unterstützt und damit direkt Stellung gegen Arbeiter und Angestellte eingenommen.

Sie nehmen Neuregelung der Gehälter und Teuerungszugaben von einer Regierung entgegen, die sie in Stunden der Gefahr nicht zu unterstützen den Mut hatten.

Das Vertrauen gegen solche Beamten ist ausgelöscht.

Arbeiter und Angestellte geben hiermit einmütig kund, daß von nun an der Anspruch der Beamten auf Achtung hinfällig geworden ist.

Das Verhalten der wenigen eigenen Kollegen, die ihre Solidarität verleugnet haben, sei hier in gleicher Weise gebrandmarkt.

Die Arbeiter und Angestellten der St.-P.-M.“

H. M.-w.

Fraureuth. Das „Verl. Tagebl.“ bringt in seiner Nr. 135 nachstehende Notiz:

Porzellan-Fabrik Fraureuth Akt.-Ges. Das Geschäftsjahr 1919 erbrachte nach Abschreibung von 145 721 Mk. (20 974) einen Ueberschuß von 360 607 Mk. (562 127). Wie bereits gemeldet, sollen 25 Proz. (20) Dividende zur Ausschüttung gelangen. Nach dem Geschäftsbericht tritt das Unternehmen mit einem unerledigten Auftragsbestand von zirka 20 Millionen Mark in das neue Geschäftsjahr ein. Die Aussichten für das laufende Jahr müßten als geradezu glänzend bezeichnet werden, wenn der Arbeitswille sich bessern würde.

Uns interessiert diese Notiz in der Hauptsache wegen des Schlupfpassus: Die Aussichten für das laufende Jahr müßten als geradezu glänzend bezeichnet werden, wenn der Arbeitswille sich bessern würde. Bei wem denn? Bei den Arbeitern der Porzellanfabrik Fraureuth? Wenn das der Fall sein sollte, müßten wir gegen diese unverschämte Behauptung im Geschäftsbericht energischen Protest erheben. Obwohl die Aktiengesellschaft Fraureuth geradezu im Gelde schwimmt, hat dieselbe im Vorjahre sich geweigert, den Arbeitern die tarifmäßigen Löhne zu zahlen, so daß ein längerer Streik der Arbeiter erst geführt werden mußte, um die Geschäftsleitung zu überzeugen, daß sie ohne Tariflöhne keine Arbeiter erhält. Oder sollte gar die Teilnahme an diesem Streik zum „mangelnden Arbeitswillen“ fruktifiziert werden? Wir müssen schon sagen, daß wir auch dieses nicht für unmöglich halten.

Zu unserer Notiz aus Oberfranken in Nr. 11 der „Ameise“ erhalten wir vom Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie eine „Berichtigung“.

Es wird bestritten, daß genannter Verband in dem erwähnten Schreiben an seine Mitgliedsfirmen von einem „wüsten Anstürmen“ der Arbeiter gesprochen hat. Es ist nur gesagt worden, daß an vielen Orten die Arbeiter die Erfüllung ihrer Forderungen „mit Ungestüm“ verlangt haben. Das ist allerdings etwas anderes, als der Einsender des Berichtes herausgelesen hat.

Es wird ferner bestritten, daß in dem Rundschreiben gesagt worden ist, „die Arbeitgeber könnten mit dem Vertrage zufrieden sein, der Tarifabschluß sei als ein großer Erfolg der Arbeitgeber zu bewerten“. Die bezügliche Stelle im Rundschreiben soll ungefähr lauten:

„Wenn der vorliegende Vertrag und die im Zusammenhang mit dem Abschluß dieses Vertrages genehmigte Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe bei einzelnen unserer Mitglieder eine gewisse Verstimmung ausgelöst haben, so möchten wir demgegenüber noch darauf hinweisen, daß der Arbeitgeberverband es bisher stets als seine vornehmste Aufgabe angesehen hat und weiter ansehen wird, gerade seine leistungsschwachen Mitglieder zu schützen. Ein Tarifvertrag bedeutet in jedem Falle ein Kompromiß. Wir erwarten daher von der Einsicht unserer Mitglieder, daß sie dieses unser Bemühen auch dann anerkennen, wenn sich in einem einzelnen Falle unsere Beschlüsse nicht mit ihren Wünschen decken.“

Diese Nichtigstellung gibt uns Anlaß, erneut darauf hinzuweisen, bei allen Berichten und Einsendungen, die zur Veröffentlichung in unserem Blatte bestimmt sind, den Boden strengster Sachlichkeit und der Wahrheit nicht zu verlassen.

Unser Berichterstatter scheint den Sinn des Briefes nicht voll erfaßt bezw. nicht richtig verstanden zu haben. Darüber, daß es auch Unternehmer gibt, die mit dem Tarifvertrag bezw. mit einzelnen Positionen desselben nicht einverstanden sind, braucht auf unserer Seite keine Verwunderung Platz zu greifen, nachdem auch wir eine Anzahl Kritiker aufzuweisen haben, die den Vertrag in Grund und Boden verdonnern. Was ist naheliegender, als daß die Leitung der Unternehmerorganisation ihren Mitgliedern klarzumachen sucht, daß nicht alle Einzelwünsche in solchem Vertrag befriedigt werden können? Müßten wir nicht daselbe tun? Den Satz, „ein Tarifvertrag, bedeutet in jedem Falle ein Kompromiß“, sollten sich auch diejenigen unserer Mitglieder jedesmal ins Gedächtnis rufen, die behaupten wollen, daß der ganze Vertrag keinen Pfifferling wert sei. Am Schlusse der Notiz in Nr. 11 der „Ameise“ haben wir bereits bemerkt, daß wir andere Schlussfolgerungen ziehen als der Einsender. Heute müssen wir diesen Satz noch einmal unterstreichen.

Rheinbach. Seit einiger Zeit schon bestanden hier Lohn-differenzen, weil die Unternehmer sich weigerten, Tariflöhne zu zahlen. Die Unternehmer wollten nicht in dieselbe Ortslohnklasse gesetzt sein wie Bonn, obwohl die Lebensverhältnisse in Rheinbach kein Jota billiger sind als in Bonn. Nachdem jede Möglichkeit einer Verständigung ausgeschlossen schien, wandten wir uns an den Schlichtungsausschuß. Für Sonntag, den 6. März, war Verhandlungstermin angesetzt. Die Unternehmer hatten es jedoch vorgezogen, nicht zu erscheinen. Es wurde deshalb ein neuer Termin anberaumt für Donnerstag, den 11. März, mit dem Hinzufügen, daß an diesem Tage ein Spruch gefällt werde, auch wenn die Unternehmer wieder nicht erscheinen sollten.

Am Montag, den 8. März, kam der neue Gauleiter, Kollege Jahn, nach hier und nahm sich unserer Sache an. Er suchte bei den Unternehmern Verhandlungen anzuknüpfen und hatte dabei auch Erfolg. Nach zweimaligen Verhandlungen waren die Differenzen zur Zufriedenheit der Kollegen beigelegt. Die Regelung der langwierigen Differenzen kann unser Gauleiter Jahn als einen ersten schönen Erfolg für sich buchen. Allen unserem Verband aber noch fernstehenden Kollegen rufen wir zu: Gincin in den Verband der Porzellanarbeiter, wenn eure Rechte immer gewahrt werden sollen.

Schauberg. Die hiesige Arbeiterchaft sieht sich veranlaßt, die in der Fabrik bestehenden Verhältnisse der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Schauberg war und ist schon seit erdenklichen Zeiten ein in jeder Beziehung rückständiger Betrieb. Schwer hat die hiesige Arbeiterchaft darunter zu leiden. Trotzdem alles organisiert, konnten sie sich bisher wenig rühren. Waren sie doch in bezug auf Wohnung vollständig vom Arbeitgeber, dem Herrn Johannes Friße, abhängig. Und dieser hat es, zu seinem einzigen Lob sei es gesagt, sehr meisterhaft verstanden, die Lage der Arbeiter gründlich auszunutzen. Seit dem 1. Oktober v. J. ist nun der Betrieb in die Hände der Gebrüder Behr aus Bamberg übergegangen. Das anfängliche Auftreten der Herren, sowie das aus ihrem eigenen Munde hervorgehobene Vorhandensein von

griem Willen der Arbeiterschaft gegenüber erweckte die Hoffnung auf Verbesserung der Lage. Glaubte man doch bei den Herren Verständnis zu finden für die Wünsche der Arbeiter. Doch wir wurden eines anderen belehrt. Den Reichstarif anzuerkennen, sind die Herren nicht in der Lage. Sie geben vor, nicht an den Tarif gebunden zu sein, da sie nicht organisiert sind. Trotzdem wollen sie auf Grund des § 20 des Tarifs mit der Arbeitervertretung soviel besondere Abmachungen treffen, daß unser Tarif vollständig an die Wand gedrückt würde. Es sei nur folgendes daraus genannt: Eine Nachzahlung ist ausgeschlossen, ein zweiter Wochenlohn als Wirtschaftsbeihilfe ebenfalls. Den Tarif (wenn noch was übrig bleibt davon) würden sie nicht ab 1. Januar, sondern ab Ende Februar anerkennen. Also, wenn er bald abläuft. Was also Hunderte von Arbeitgebern schon längst leisten und darüber hinaus, das können die Herren Gebr. Behr nicht; so sieht der gute Wille dieser Herren aus. Oder sollte vielleicht gar ihr Herr Vorbesitzer die Anregung zu diesem Verhalten gegeben haben? Aus verschiedenen Bemerkungen während der Verhandlung ist es anzunehmen. Wir raten der Firma, nicht in die Fußstapfen ihres Vorgängers zu treten, denn zum Ausblühen ihres Betriebes würde es sicher nicht beitragen. Auch läßt sich dieses die Arbeiterschaft von heute nicht mehr bieten und ist fest entschlossen, es aufs äußerste ankommen zu lassen, um zu ihrem Recht zu kommen. Aus diesem Grunde ist die Sache dem Gauleiter, Genossen Bredow, zur Weiterleitung an das Gauchiedsamt übergeben worden. Wir möchten alle Kollegen und Kolleginnen ersuchen, bis die Sache erledigt ist, Arbeitsangebote nach hier zu unterlassen.

Schorndorf. Durch Handzettel wurde heute die Arbeiterschaft der Porzellanfabrik zu einer Versammlung im „Gasthaus zur Rose“ eingeladen. Auf der Tagesordnung stand: „Kündigung oder Nichtkündigung des Reichstarifes“ und unterzeichnet waren die Zettel vom Berufsverband deutscher Keramarbeiter. Darüber waren alle sehr erstaunt und eine Anzahl Kollegen und Kolleginnen folgten der Einladung. Der Referent, H. Mayer aus Stuttgart, führte nun aus, daß dem Berufsverband der Keramarbeiter vom Hauptvorstand des Porzellanarbeiterverbandes schriftlich mitgeteilt wurde, der Berufsverband der Keramarbeiter solle doch die am 1. März erfolgte Kündigung des Reichstarifes zurücknehmen, da der Hauptvorstand des Porzellanarbeiterverbandes es versehen (!) habe, den Reichstarif zu kündigen und wie sich die Kollegen dazu stellen. Anschließend versuchte der Referent auch Stimmung für den christlichen Verband zu machen und war überzeugt, daß durch dieses Verschämmnis viele in unserem Verband organisierte Kollegen ins schwarze Lager abschwanken werden.

In der darauffolgenden Aussprache wurde dem Referenten mit allem Nachdruck deutlich gemacht, daß wir treu zu unserer alten Organisation stehen und er sich ein anderes Feld für den Simpelsang suchen solle. Bei uns wird er nie Glück haben. Danach zog es H. Mayer auch vor, zu verschwinden und ließ nur das größte Erstaunen der Anwesenden über die grobe Nachlässigkeit und Pflichtvergessenheit des Hauptvorstandes zurück.

Wenn es wahr ist, daß es versehen worden sei, den Reichstarif am 1. März zu kündigen, so müssen wir dem Hauptvorstande unser ganzes Mißtrauen aussprechen. Jetzt, wo Tausende Porzellanarbeiter auf eine baldige Erhöhung des Lohnstarifes mit Schmerzen warten, werden diese durch die Pflichtvergessenheit des Hauptvorstandes gezwungen, sich noch einige Wochen mit diesen Hungerlöhnen abzufinden. Wir sind fest überzeugt, daß, wenn der Hauptvorstand noch um unseren Lohn arbeiten müßte, er es sicher nicht versehen hätte, den Tarif zu kündigen. Wir verlangen daher, daß der Hauptvorstand den Platz räumt, wenn er ihn nicht ausfüllt, wie es das Interesse der Verbandsmitglieder erfordert.

Wir fordern die Kollegen allerorts auf, zu diesem Vorfall Stellung zu nehmen und unser Verlangen zu dem ihrigen zu machen. Die Verwaltung der Zahlstelle Schorndorf.

Anmerkung des Schriftleiters: Zu irgendwelcher Anregung liegt ab jetzt kein Anlaß vor. Mich wundert nur, daß den Kollegen in Schorndorf nicht eingefallen ist, daß von einer Kündigung des Tarifs am 1. März d. J. gar keine Rede sein konnte. Der Tarif als Ganzes bleibt unkündbar bis 31. Juli 1920. Das Lohnabkommen läuft am 31. März ab, wenn die Parteien am 1. März spätestens nicht etwa gegenseitig erklären sollten, daß es weiterläuft. Wenn vom Vorstand vergessen worden wäre, am 1. März eine Erklärung abzugeben, dann wäre daraus noch kein Schaden für die Kollegen entstanden, weil eben gerade dann das Lohnabkommen ohne weiteres am 31. März d. J. abgelaufen wäre und die Kollegen freie Hand für

höhere Löhne erhalten, wenn nicht vorher durch zentrale Verhandlungen eine allgemein gültige Regelung zustande käme.

Wären die Kollegen in Schorndorf mit den Bestimmungen unseres Tarifes etwas besser bekannt gewesen, dann hätten sofort gemerkt, daß es ein hahnebüchener Schwindel gewesen der ihnen von dem gewerkschaftlichen Hochstapler mit dem Namen Mayer aus Stuttgart vorgetragen worden ist. leicht hätten sie dann den christlichen Lügenbeutel am Stragen genommen und aus dem Lofal befördert, wie er es verdiente.

Von einem Vergessen, von einem Versehen unseres bandsvorstandes ist keine Rede. Die Kollegen in Schorndorf einem plumpen Schwindel zum Opfer gefallen. Hoffen merken sie sich diese Affäre recht gut für den Fall, daß wieder mal ein christlicher Agitator sie besuchen wollte, um seinen band anzupreisen. Wenn die Christen immer und überall in Weise wie ihr christlicher Mitbruder Mayer aus Stuttgart Porzellanarbeitern begreiflich machen wollten, worin der Unterschied zwischen einer christlichen und einer freien Gewerkschaft steht, ließe sich nichts einwenden. Solchen faustbilden Schwindel könnte auf die Dauer der frömmste Christ nicht vertragen.

Bezahlt die Beiträge nach dem Statut. In einer großen Anzahl von Verbänden steht die Frage einer Erhöhung der bandbeiträge bevor; zum Teil ist diese auch schon durchgeführt. Die ständig steigende Teuerung steigert naturgemäß auch Ausgaben, die aus der Verbandskasse geleistet werden müssen. Es sei in diesem Zusammenhange nur erinnert an die Verteuerung der Kosten für unser Verbandsorgan „Die Ameise“. Papier, Druckpreise, Portokosten, Materialpreise (Nachpapier, Faden) usw. haben eine schwindelhafte Höhe erreicht. Die Löhne der Angestellten mußten notgedrungen erhöht werden. Anschaffung von Verwaltungsmaterialien, die in Berücksichtigung der Änderungen in unserem Verwaltungssystem besonders hohe waren und sind, erfordert horrenden Summen. Ob die der letzten Generalversammlung beschlossene Beitragserhöhung dafür einen genügenden Ausgleich schafft, kann eine Streift sein. Auf jeden Fall ist es aber unbedingt notwendig, daß Beiträge von jedem einzelnen Mitgliede streng nach dem Statut entrichtet werden. Nach § 5 des Statuts sind zu bezahlen:

Bei einem Wochenverdienst bis 30 M.	0,80 M.
bei einem Wochenverdienst bis 65 M.	1,10
bei einem Wochenverdienst über 65 M.	1,40

Außer diesem Beitrag hat noch jedes Mitglied einen wöchentlichen Lokalbeitrag von 10 Pf. zu entrichten.

Die Kassierer müssen es als ihre unbedingte Pflicht betrachten, dafür zu sorgen, daß kein Mitglied einen niedrigeren Beitrag zahlt, als es seinem Verdienst entsprechend zu zahlen hat. In einer ganzen Anzahl von Verbänden ist der Grund aufgestellt worden, daß ein Stundenverdienst als Wochenbeitrag zu entrichten ist. Demgegenüber werden die Mitglieder unserer Verbandes nicht behaupten können, daß in unserem Verband höchsten Beiträge zu leisten sind. Für viele unserer Verbandskollegen dürfte es keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn die Generalversammlung jetzt tagen würde, ganz andere Beiträge und Unterstützungssätze beschlossen werden dürften, als das im September v. J. der Fall war. Um wieviel haben sich die Verhältnisse seit jener Zeit nicht schon wieder geändert. Es ist leider eine nicht zu bestreitende Tatsache, daß es immer noch eine nicht unbedeutende Anzahl von Mitgliedern gibt, die dem Verband die Beiträge zum Teil vorenthalten. In der Regel liegt es an den örtlichen Verwaltungen, daß die Beitragsberei immer noch betrieben wird. Wo Verwaltungsmitglieder selbst die Beiträge schinden, wird man nicht verlangen können, daß die Mitglieder Ordnung halten und das Statut beachten. Das muß jedoch aufhören. Bezahlt die Beiträge nach dem Statut; das muß ein Grundsatz sein und werden, der nicht für einen Teil, sondern für alle Mitglieder gilt.

Versammlungsberichte.

Einshorn. Unsere am 18. März, abends 8 Uhr, eröffnete Versammlung erfreute sich eines guten Besuches, was in Anbetracht der wichtigen und reichhaltigen Tagesordnung auch unbedingt nötig war, denn ein anderer Ort zur Aussprache ist nicht zustandig, als die Versammlung, was den abwesenden Mitgliedern hiermit gesagt sein möge. Als Kassierer wurde der Kollege Felix Winkler gewählt, als Unterkassierer Kollege Hübel und als Revisor Kollege Widmann. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. — Nach Entgegennahme der Berichte hielt Kollege Genies einen Vortrag über das Vertriebsstrategie und erläuterte in allgemeinverständlicher Weise die Arbeiterkassier wichtigsten Punkte. Zum Schluß wies er darauf hin, daß sich jeder Kollege mit diesem Gehege vertraut machen und damit die Arbeiterschaft die darin enthaltenen Vorteile voll und ganz ausnützen kann. Scharf kritisiert wurde das Verhalten des Vorstandes, welcher an ihn gerichtete Fragen nach drei Wochen

beantwortet hatte, so daß wir deshalb gezwungen sind, selbständig
Anforderungen einzureichen. Weiter wurde die ab 1. April gültige
Arbeitszeit, vorbehaltlich der Zustimmung der Direktion, festgesetzt.
Nach Erledigung verschiedener interner Fragen fand die anregend
abgelaufene Versammlung ihr Ende.

Gehren-Günthersfeld. Auf Einladung des Vertrauensmannes
und am 16. März, abends, eine Betriebsversammlung statt. Ge-
nosse Hartmann eröffnete dieselbe. Erschienen waren 99 Mitglieder,
wäre es sehr erwünscht, wenn die anderen, die jedesmal fehlen,
auch ihre Pflicht erfüllen würden. Genosse Franke nahm zu Punkt 1
das Wort: Betriebsrätewahl. Er gab einen kurzen Bericht über die
Aufgaben derselben und machte die Mitglieder aufmerksam, daß nur
eine Liste am Wahltag zu wählen sei, die von der Betriebsversamm-
lung vorgeschlagen wird. Darauf erfolgte die Wahl. Das Ergebnis
ist erkennen, daß die meisten Genossen fast einstimmig gewählt wur-
den. Nun liegt es an den Kollegen und Kolleginnen, die so ein Amt
übernehmen, ihre Pflicht der Arbeiterschaft gegenüber zu erfüllen.
Punkt 2: Tariffragen. Der Mindeststundenlohn für sonstige Arbeiter
wurde scharf zurückgewiesen. In jedem größeren Betrieb anderer
Branchen gibt es keinen Stundenlohn unter 2,50 Mk.; warum sollen
wir, die wir einen so gesundheitsgefährlichen Beruf haben, so schlecht
gestellt werden? Jetzt sollen z. B. Arbeiter, die früher in der Por-
zellanfabrik beschäftigt waren, gegenwärtig bei der Firma Rirsch &
Söhne beschäftigt sind, wieder bei uns in Arbeit treten. Dort be-
tragen sie 2,90 bis 3,10 Mk. Stundenlohn, bei uns 1,84 Mk. Es wurde
eine bringende Bitte erhoben, beim nächsten Abschluß eine bestimmte
Zeit festzusetzen und dann jeden als Facharbeiter anzuerkennen. Beim
Punkt „Verschiedenes“ wurde beschlossen, an den Hauptvorstand zu
schreiben, um an unserem Ort mit seiner großen Zahl Kollegen eine
Zahlstelle zu gründen. Im Interesse des Verbandes ist das not-
wendig, um alle damit verbundenen Arbeiten besser ausführen zu
können. Jetzt gehören wir zu Ilmenau, das liegt zwei Stunden von
uns entfernt. Sollte wider Erwarten unter Wunsch nicht erfüllt
werden, wird Anschluß an Langewiesen verlangt, das nur eine Stunde
entfernt von uns liegt. Wenn uns von Ilmenau gesagt wird, ihr be-
kommt keine Zahlstelle, weil jetzt ein Sozialbeamter anzustellen sei, so
ist das damit nichts zu tun. Wir wollen unseren Teil gern dazu bei-
tragen, wie es eines jeden Kollegen Pflicht ist.

Langsa-Steinach. Die am 7. März stattgefundene Versamm-
lung wurde um 1/4 4 Uhr eröffnet. Leider mußte wiederum festgestellt
werden, daß besonders die Kolleginnen es für wichtiger hielten, dem
Ergnügen nachzugehen, statt in der Versammlung zu erscheinen. Wie
wenig Interesse für die Organisation gezeigt wird, beweist, daß aus
den Betrieben Eichhorn & Söhne und Görzsmühle von den Kolle-
gen nur je zwei erschienen waren. Aber, wie schon im vorigen
Bericht erwähnt, kommt es ihnen darauf an, im Betriebe und auf
der Straße über alles zu rasonieren, wo doch eigentlich die Versamm-
lung der geeignetste Platz dazu wäre. Hoffentlich genügt dies als
Ansporn zum besseren Versammlungsbesuch, denn gerade jetzt in dieser
Zeit darf kein Mitglied der Organisation fernstehen. Nachdem das
Protokoll der letzten Versammlung ohne Einwendungen anerkannt
worden war, ging es zu Punkt 1, „Betriebsangelegenheiten“ über. Da
in den Betrieben Görzsmühle und Eichhorn & Söhne noch keine An-
träge zur Wahl getroffen worden sind, fordert der Vorsitzende auf,
die nötigen Schritte sofort zu tun, da nicht viel Zeit zu verlieren ist.
Unter Punkt 2, „Lohnaufschlag“, wurde folgender Beschluß gefaßt
und einstimmig angenommen: „Durch die fortwährend rapid steigenden
Preise des Lebensunterhalts sieht sich die Arbeiterschaft der Be-
triebe Schneider, Eichhorn & Söhne, Buchhold und Görzsmühle ge-
zwungen, einen Lohnaufschlag von 150 Proz. auf den bisherigen Lohn
zu fordern. Es ist unmöglich, mit den paar Pfennigen, die in der
Porzellanindustrie bezahlt werden, noch länger auszukommen. Warum
sollen den Porzellanarbeitern ein solcher Lohn wie den Gläser-,
Druckmachern usw. nicht auch bewilligt werden?“ Dieser Beschluß
wurde der Gauleitung übermittelt.

Folgender Vorschlag vom Kollegen Müller-Neuhaus wurde nach
langer Debatte angenommen und die Gauleitung davon benach-
richtigt: „Die Versammlung fordert, daß bei den demnächst beginnen-
den Lohnverhandlungen auch ein Vertreter der Arbeiterschaft aus
unseren Waldorten (und nicht nur Arbeitervertreter aus Städten) den
Verhandlungen beiwohnen darf, um auch die Verhältnisse unserer Ge-
gend in Berücksichtigung zu bringen.“ — Unter Punkt 3, „Delegier-
ungswahl zum Gewerkschaftskartell“, wurden die Kollegen Flemmig,
Sittig und Gropp einstimmig gewählt. — Unter Punkt 4, „Verschie-
denes“, wurden, auf Aufruf in der „Almeise“ hin, dem Kollegen
Günther 15 Mk. bewilligt. Außerdem ergab eine Zellersammlung
auch für Kollegen Günther einen Betrag von 17 Mk. — Da in den
Betrieben das Arbeitsmaterial immer noch zu den jetzigen Preisen
erhiert wird, soll energisch dagegen protestiert werden. — Hierauf
grüßte nochmals Kollege Müller-Neuhaus das Wort und forderte
die Kolleginnen auf, die Häuser einzuhalten, widrigenfalls energisch
 dagegen eingegriffen werden soll. Nachdem nochmals auf einen
besseren Versammlungsbesuch hingewiesen worden war, schloß der
Vorsitzende um 1/2 6 Uhr die Versammlung.

Eichh. Nach Verlesen des Protokolls schritt man zur Wahl
des neuen Schriftführers und Revisors, da der bisherige Schrift-
führer und Revisor, Kollege Heide, sein Amt niedergelegt hat. Es
wurde einstimmig Kollege Rud. Weigel gewählt, welcher auch das
Wort annahm. — Es kam nochmals der neue Tarifvertrag zur Sprache
und es wurde betont, daß derselbe noch lange nicht Schritt hielt mit
der Steigerung der Preise für tägliche Bedarfsartikel. Man beschloß,
bei der Firma vorstellig zu werden um Gewährung einer Teuerungs-
zulage, wie sie bei den anderen hiesigen Firmen bereits schon gezahlt
wird. Ferner erstattete der Vorsitzende Bericht von der letzten Kar-
tallung und wies nochmals auf die bevorstehenden Betriebsrats-
wahlen hin. Da für heute nichts weiter vorlag, die Versammlung
aber auch sehr schwach besucht war, wurde hierauf die Versammlung
geschlossen.

Börsch. In der Versammlung vom 8. März wurde nach Er-
ledigung einiger unwesentlicher Punkte der Antrag eingebracht und
angenommen, der Verbandsvorstand möge unbedingt dahin wirken,
daß die Löhne der Frauen so allmählich den Löhnen der Männer gleich-
gestellt sind.

Das Verhalten der Firma Conta & Böhme wurde wiederum
zur Sprache gebracht. Es konnte berichtet werden, daß es gelungen
ist, nach mühevollen Verhandlungen die Firma dahin zu bringen, die
bestehenden Tariflöhne im großen und ganzen zur Auszahlung zu
bringen. Die Versammlung war zufriedenstellend besucht. Auf jeden
Fall haben die hiesigen Porzellanarbeiter nunmehr eingesehen, daß
der Zusammenhalt keine nutzlose Sache sei, und daß nur durch Fest-
halten am Verband positive Erfolge erzielt werden können.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Althaldensleben. Sonnabend, 10. April, abends 8 Uhr, bei
Peters.

Arzberg. Sonnabend, 10. April, abends 7 Uhr, im Konsum-
Verein.

Mannheim-Käferthal. Sonnabend, den 10. April, abends 6 1/2
Uhr, im Restaurant Reichstrone, S. 7, 24.

Magdeburg. Donnerstag, den 8. April, abends 7 Uhr, bei
Schiller, Lübederstr. 20. Statutenberatung.

Mürnberg. Samstag, 10. April, abends 7 Uhr, Restaurant
Jengenfelder, Querstraße.

Osch. Freitag, 16. April, abends 7 Uhr, in der Herberge zur
Heimat, Gartenstraße.

Plaue. Sonntag, den 11. April, abends 8 Uhr, im Adler.
Quartalsabschluß. Wahl eines Vorsitzenden.

Spandau. Montag, den 12. April, nachmittags 4 Uhr, bei
Wind, Pichelsdorfer Str. 5.

Tiefenfurt. Sonnabend, den 3. April, abends 8 Uhr, in der
Brauerei.

Adressen-Änderungen.

Elmhorn. Kassierer: Felix Winkler, Kapseldreher, Sand-
berg 10; Revisor: Hermann Wichmann, Brenner, W. 3.

Zahlstelle Hermsdorf.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß Kranken- sowie Arbeits-
losenunterstützung Sonnabends, vormittags von 9—12 Uhr, ausbezahlt
wird.
Der Kassierer: Hugo Kellner.

Quittung.

Für unser krankes Mitglied Paul Kunze gingen nachträglich
noch ein von den Zahlstellen: Harge 30,—; Schorndorf 10,—; Span-
dau 20,— Mk.; zusammen 60 Mk. Bereits quittiert 421,— Mk.,
macht in Summa 481,— Mk. Allen Gebern besten Dank. Die
Sammlung ist geschlossen.
Zahlstelle Seha-Sondershausen.
Der Kassierer: Paul Wötner.

Briefkasten.

Versammlungsberichte aus Freiberg, Ahla, Kronach, Pottschappel
und Schleusingen mußten wegen Raumangel zurückgestellt werden.

Sterbetafel.

Althaldensleben. Anna Basemann, geboren am 1. Ok-
tober 1872, gestorben am 17. März an der Grippe und Lungen-
entzündung. Mitglied seit 1919.

Eisenberg. Christine Knott, Malerin, geboren am
19. Juli 1884 in Eisenberg, gestorben am 16. März an der
Grippe. Mitglied seit 1905.

Hüttengrund. Michael Tanzmeier, Fabrikmaurer,
geboren am 19. Oktober 1869 zu Rothenl., gestorben am 16. März
durch Unfall. Er geriet in die Transmission derart, daß der
Tod auf der Stelle eintrat. Mitglied seit 1919.

Kronach. Olga Kastner, Druckerin, geboren am
28. Dezember 1891 in Gatschütz, S.-A., gestorben am 4. März
an der Grippe. Mitglied seit 1916.

Neuhaldensleben. Heinrich Lendekel, Dreher, ge-
boren am 20. September 1869 zu Beuern, gestorben am
23. März an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1910.

Schmiedeberg i. Riesengeb. Selma Kahl, geboren am
16. Januar 1893 in Haselbach, gestorben am 11. März an der
Grippe. Mitglied seit 1918.

Schwarz. Hermann Henkel, Kapseldreher, geboren
am 24. Februar 1863 in Dittersdorf, gestorben an den Folgen
einer Operation am 14. März. Mitglied seit 1907.

— Karl Pfotenhauser, Oberpader, geboren am 15. De-
zember 1863 zu Volkstedt, gestorben am 15. März an der Grippe.
Mitglied seit 1919.

Selb. Marie Bräu, geboren am 4. Dezember 1896,
gestorben am 8. März an Bauchfellentzündung. Mitglied seit
1919.

— Fanny Meier, Stanzlerin, geboren am 18. Februar
1901 zu Freim., gestorben am 20. März an Lungenentzündung.
Mitglied seit 1918.

Staffel. Johann Muth, Dreher, geboren am 27. Ok-
tober 1867 in Saarlouis, gestorben am 12. März an Lungen-
tuberkulose. Mitglied seit 1906. Die Zahlstelle St. verliert
mit ihm einen allezeit rührigen Kollegen und treuen Mitkämp-
fer, dem ein dankbares Gedenken gewahrt bleibt.

Waldsassen. Johann Schön, Maler, geboren am 26.
Januar 1895, gestorben am 13. März an Lungentuberkulose.
Mitglied seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!

An die Zahlstellenassierer!

Der 27. März war der Schlußtag bzw. Ausfertigungstag für die gelbe statistische Karte zur Reichsstatistik für das erste Vierteljahr 1920. Kassierer, welche die Karte noch nicht ausgefertigt und abgeschickt haben, werden gebeten, das sofort noch zu tun.

Von neuem wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Karten nicht mit einer Marke beklebt werden dürfen, sondern unfrankiert in den Briefkästen zu geben sind. Die Portokosten trägt das Reich, die Kostenfeststellung erfolgt durch die Empfangsstation Charlottenburg.

Das Postamt Charlottenburg hatte allerdings eine ganze Anzahl der statistischen Karten für den Monat Februar zurückgehen lassen und den Absendern Strafporto auferlegt. Nach Beschwerdeführung des Verbandsvorstandes sind die Postbeamten aber entsprechend informiert worden. Sollte trotzdem an irgendeinem Ort wieder eine statistische Karte mit Strafporto zurückgebracht werden, dann gehe man aufs Postamt und verweise auf eine Verfügung Nr. 268 vom 16. Juni 1919 im Amtsblatt des Reichspostministeriums Nr. 56, S. 200. Jeder Irrtum wird dann für immer beseitigt sein.

Das Verbandsbureau.

An unsere Leser!

Die Nr. 12 unseres Blattes, die das Datum des 19. März 1920 trägt, konnte infolge des politischen Generalstreiks erst am 26. März zum Versand gebracht werden. Auch die nächste Nummer 13/14, vielleicht auch infolge der dazwischenfallenden Osterfeiertage noch die Nr. 15 werden mit Verspätung in die Hände unserer Mitglieder und Leser gelangen. Es wird natürlich alles versucht werden, den Versand wieder wie vorher regelmäßig am Dienstag jeder Woche stattfinden zu lassen. So lange uns dieses aber unmöglich sein sollte, müssen wir um Nachsicht bitten.

Redaktion und Expedition „Die Ameise“.

Briefkasten der Redaktion.

Nach N.-n. Anonyme Zuschriften können nicht aufgenommen werden. Uns muß der Einsender schon seinen Namen und seine Adresse bekanntgeben, wenn wir auch auf Verlangen seinen Namen nicht veröffentlichen.

4 Sozialbeamte gesucht.

Die Zahlstellen der engeren Bezirke Gräfenhain, Ilmenau, Köppelsdorf und Rudolstadt sollen zu je einer Zahlstelle vereinigt und in jedem der genannten Orte ein Sozialbeamter angestellt werden. Die Anstellung soll möglichst noch im Monat April erfolgen.

Das Anfangsgehalt beträgt monatlich 500 Mk., dazu kommt eine widerrufliche bzw. abänderungsfähige Teuerungszulage von monatlich 300 Mk.

Bewerber müssen mindestens schon seit 5 Jahren vor dem Kriege Mitglied unserer Organisation sein, Nebenergabe, Gewandtheit im schriftlichen Verkehr und Erfahrung in Organisationsfragen besitzen, sowie mit dem Kassieren vertraut sein.

Bewerbungsschreiben müssen spätestens bis zum 14. April d. J. beim Unterzeichneten eingegangen sein und insbesondere die Angabe enthalten, für welchen Ort die Bewerbung gelten soll. Eine selbstverfaßte und selbst geschriebene Abhandlung über: „Die Tätigkeit und Aufgaben eines Sozialbeamten“ ist beizufügen.

Emil Hoffmann, Gauleiter, Ilmenau i. Thür., Neuestr. 11.

Quittung.

Für unser Mitglied Wilhelm Schwandt gingen noch folgende Beträge ein: Spandau 20,—; Farge 30,—; Limbach 10,—; Sorau 10,—; Schorndorf 10,—; Summa 80 Mk. Bereits quittiert 370 Mk., in Summa 450 Mk. Allen Gebern nochmals besten Dank. Die Sammlung ist geschlossen. Für die Zahlstelle Frankfurt (Oder): Wilhelm Brasse, Kassierer.

Arbeitsmarkt.

Zweiter Werkmeister

gesucht, der in der Gipserei-Branche (Figuren) absolut firm ist. Lebensstellung.

Ferner suchen wir Gießer und Figurenpüßer zu Tariflöhnen. Heinrich Rukhoffs Erben, Figurenfabrik, Breslau, Köchstr. 20.

Einige Blumenmaler,

die in feiner „Reißner Manier“ bewandert sind; außerdem einen **Schriftmaler und Dekorateur** für Porzellan gesucht.

Angebote mit selbstgefertigten Musterarbeiten erbeten an die **Reißner Porzellan- und Porzellanfabrik, vorm. E. Teichert, Meißen, Rennerstr.**

Porzellanmaler-Gesuch.

Es werden sofort eingestellt: 4 Blumenmaler (Reißner Dekor), 1 Dekorateur. Interessenten Stellung und günstige Ernährungsverhältnisse. Offerte N. 170 an die Expedition der „Ameise“.

Porzellanmaler!

Für sofort Maler gesucht, die besonders in feineren Wiener Dekoren Tätiges leisten, sowie Blumen- und Watteau-Maler. Es wollen sich nur wirklich tüchtige Kräfte melden.

Keramische Werkstätte Dresden.

Max Kobra, Köchstr. 8.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Theimer, Langewiesen b. Elm., Tel.

Für alle Goldabfälle, wie Nische, Schmiere, Lappen, Flaschen usw. zahle die höchsten Preise. Machen Sie einen Versuch und Sie werden mein Kunde bleiben.

A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, S.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Nische — Pinsel — Flaschen — Malrückstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8, II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmied u. alle goldhaltigen Sachen. Kellerei Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte.

Goldschmied, Goldlappen, Goldflaschen und alle in der Golderei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen. Schneller und reeller Bedienung Oscar Rottmann, Stadtilm i. Thür.

Schwämme

werden immer teurer, daher sofortiger Groß- und Einzelverkauf unerlässlich. * * * * *

Offertiere: Bismarckschwämme zu 8, 13, 15 bis 35 Mk. pro Stück für Dreher, Glasur-, Brenner-, Drucker-, Garnierungs- und andere Zwecke. Schwämme von 1 Mk. bis 8 Mk. pro Stück, hierfür auch geeignete kleine Schwämme, das Kilo 120 und 200 Stück enthaltend, pro Kilo 250 bis 300 Stück. Große Hartheadschwämme für Steinquarfabriken, das Kilo 35 bis 40 Stück enthaltend, 350 Mk. pro Kilo. Große prima Elefantenschwämme, das Kilo 650 Mk. Versand nur auf feste Vertrauensbestellung, nicht unter 600 Mk. Abgabe einzelner Schwämme als Muster oder Anprobierungen wird höflichst abgelehnt.

H. Michelsohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Brenzlauerstr. 10. Telephon: Alexander 2478.

Anlässlich unserer Vermählung gingen uns vom Arbeitspersonal der Firma Gebr. Bohl in Erdmannsdorf in dem Maße reiche Geschenke und Gratulationen zu, daß es uns nicht möglich war, jedem einzelnen zu danken, und erstatten wir auf diesem Wege unser herzlichsten Dank. Max Grimmig und Frau, geb. Renner.

Lamitz i. N., den 20. März 1920.

Dank.

Sage hiermit allen Kolleginnen und Kollegen der Zahlstellen, sowie der Direktion der Steinquarfabrik für die Unterstützung und Franzspende beim Tode meines Mannes meinen besten Dank. Ww. Marie Muth, Staffel a. d. Lab.

Dank.

Für die mir beim Tode meines Mannes, des Dreher's Johann Maxara in reichlichem Maße zuteil gewordene Unterstützung sage ich der Zahlstelle und dem Personal der Firma Schmiedler & Gerde meinen herzlichsten Dank.

Althaldensleben, März 1920.

Ww. Maxara und Kinder.

Dank.

Für die mir in reichlichem Maße zuteil gewordene Unterstützung beim Ableben meines Mannes, des Brenners Karl Wilsch, sage ich der Zahlstelle und dem Personal der Firma Schmiedler & Gerde meinen herzlichsten Dank.

Althaldensleben, März 1920.

Ww. Wilsch und Kinder.

Dank.

Für die Unterstützung meiner inzwischen verstorbenen Gattin durch die hiesige Zahlstelle spreche ich dieser öffentlich meinen herzlichsten Dank aus.

Johann Schiener, Schirnding.

Segr. 1896. Beste Bedien.	Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art  Gold, Platin, Silber, Kupfer, Antagon Seitert, Zwickau, S., Osterweilstr. 32
------------------------------------	---

Heransg. v. Verband d. Porzellan- u. verm. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Druck von Otto Goerle, Charlottenburg, Wallstr. 22.